



Bernhard Heitz aus Öschelbronn mit seinem Protestplakat: Rund 80 Anwohner und Landwirte demonstrierten vor einer Woche bei Pinache gegen die Pläne des Regionalverbands.

FOTO: KETTLER, ARCHIV

Unmut in der Landwirtschaft

- Landwirtschaft fordert besseren Schutz der Äcker im Nordschwarzwald.
- Regionalverband nimmt das auf, will aber auch für Firmen Plätze ausweisen.

RALF STEINERT
ENZKREIS/NEUENBURG

Der Protest gegen die Umwandlung von wertvollen Äckern in künftige Gewerbegebiete ging gestern im Regionalverband weiter. Vor einer Woche hatten 80 Bauern und Anwohner auf den Feldern bei Öschelbronn und dem Wiernshelmer Ortsteil Pinache für den Erhalt der Böden demonstriert und den landwirtschaftlichen Teilregionalplan kritisiert, der eine 23 Hektar große Fläche für Firmen freihält. Im Planungsausschuss des Verbandes machten sich nun die Fraktion der Grünen und Rainer Prewo (SPD) für die Höfe stark, doch die Mehrheit blieb dabei, viele Äcker in der Region zu schützen, den Kommunen aber auch Erweiterungsflächen zu ermöglichen. Der Konflikt: Da seien beste Böden vorhanden, die den Höfen vorbehalten bleiben sollten, argumentierten die einen, das die-

Folgen der Zuwanderung für den regionalen Wohnungsmarkt

Die Auswirkungen des Zuzugs von Flüchtlingen auf den Wohnungsmarkt und den Bedarf an Wohnbauflächen hat der Regionalverband analysiert. Die CDU hat eine Untersuchung beantragt, in der Sitzung des Planungsausschusses wurde das Thema aus Zeitgründen jedoch vertagt. Wie viele Asylsuchende dieses Jahr kommen, ist noch unklar. Bis Ende 2015 kamen **Insgesamt 5800 Flüchtlinge** in die Region Nordschwarzwald. Unter der Annahme, dass 50 bis 75 Prozent der Personen ein Bleiberecht bekommen, müsse in den kommenden Jahren für **2900 bis 4400 zusätzliche Einwohner Wohnraum** geschaffen werden, so die Ge-

schaftsstelle des Regionalverbandes. Sollte der Zustrom nicht sinken und 2016 ähnlich viele Asylbewerber aufgenommen werden wie im vergangenen Jahr, ergebe sich ein Wohnungsbedarf für **5800 bis 8800 Personen**. Der soziale Wohnungsbau müsse verstärkt werden. Nötig seien auf jeden Fall zwischen **1500 und 2400 Wohnungen**. Das stelle die Politik vor Herausforderungen. Bei den Gemeinden sollten Wohnbauflächen ermittelt werden. Die Flächennutzungspläne sollen ohne zeitraubende Verfahren fortgeschrieben werden. Die Region könne Schwerpunkte ausweisen. Denkbar sei zudem, Standards im Wohnungsbau zu senken. rst

ne der Zukunftssicherung der Bauernhöfe. Die Grünen verwiesen außerdem auf die rund 300 Einwendungen von Landwirten und Bürgern gegen die Überlegungen des Regionalverbands. CDU, Freie Wähler, die SPD (außer Prewo) und die FDP hielten aber weiter am Plan des Regionalverbands fest, im Nordschwarzwald Agrarfelder zu sichern, andererseits aber auch Interessen der Wirt-

schaft im Blick zu behalten. Das sorgt wie im Fall Pinache/Öschelbronn oder für eines Tages anvisierte Gewerbeflächen an der B10 bei Mühlacker und dem Illinger Kreuz für Streitfälle. Rund 30 Zuhörer verfolgten die gestrige Diskussion im Neuenbürger Rathaus. Die Bauern setzen sich gegen sogenannte Vorbehaltsgebiete für die Kommunen ein und fordern Vorrang für die Agrarwirtschaft.

Das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur (MVI) in Stuttgart stärke in einer Stellungnahme den Landwirten den Rücken. Vorbehaltsflächen fürs Gewerbe seien mehr als eine mögliche Zukunftsidee, sie stünden für künftig angepöbelte Ziele, so das Landesministerium.

Die Stimmen der Fraktionen

Für CDU-Fraktionschef Günter Bächle eine Kontroverse, bei „der man sich nur unbeliebt machen kann“. Er verstehe die heftige Kritik der Landwirte, die Region müsse jedoch abwägen und einen Kompromiss finden: „Schutz der Höfe ist nötig, für Gemeinden müssen wir aber auch die Option für Entwicklungen offenhalten.“ **Ulrich Büniger, Sprecher der Freien Wähler**, hieb in dieselbe Kerbe wie Bächle. Erstmals weise die Region Gebiete für die Landwirtschaft aus, Überlegungen der Kommunen für Gewerbeansiedlungen seien „aber ebenfalls ein hohes Gut“.

Thomas Knapp (SPD) zeigte Verständnis für die Bauern, es müsse in der Abwägung widerstreitender Interessen aber auch möglich sein, Ideen der Kommunen für mehr Wohnungen und Firmen zu berücksichtigen. Erstmals würden nun in der Region 31.000 Hektar für die Landwirtschaft geschützt, 12.000 mit Vorrang und 19.000 als

Vorbehaltsflächen. Sollten Städte und Gemeinde Gewerbe wollen, müssten sie „immer hohe Hürden überwinden“.

Knapps Parteifreund Rainer Prewo sah das allerdings anders: „Bei Auseinandersetzungen zwischen Landwirtschaft und Wirtschaft sind bisher stets die bäuerlichen Interessen auf der Strecke geblieben.“ Wie gesetzlich beim Forst vorgeschrieben, so müssten auch in der Landwirtschaft Ersatzflächen zur Verfügung gestellt werden, wenn Boden verloren gehe.

Joachim Wildenmann für die Grünen anerkannte das Bemühen des Regionalverbands, den Höfen zu helfen, das sei „jedoch kein starker Schutz für die Landwirtschaft“. Das zeigten auch die 300 Einwendungen gegen den Plan des Verbandes. Bei Öschelbronn und Pinache gebe es beste Böden, die die Landwirte „als Sicherheit für künftige Entwicklungen brauchen“. Die Gesellschaft mache sich für regional erzeugte Produkte stark: „Deshalb muss die Region die Felder nachhaltig schützen.“ **Walter Trefz (Grüne)** sagte: „Die Landwirte dienen dem Gemeinwohl, sie dürfen nicht in ihrer Existenz bedroht werden.“ **Norbert Holme (FDP)** sagte, der Regionalverband müsse „alle Interessen berücksichtigen und dann immer wieder abwägen“.